

SILVIO GESELL

Leseprobe 19

Übergangsphase

Auszug aus

**„Reichtum und Armut gehören
nicht in einen geordneten Staat.“**

Werkauswahl zum 150. Geburtstag
zusammengestellt von Werner Onken

VERLAG FÜR
S O Z I A L
Ö K O N O M I E

Übergangsphase

„Wie bei der Bodenrente, so braucht auch beim Zins der Wunsch nach Befreiung von diesen Lasten sich nur in einem Gesetz zu äußern, und beide Elemente der Warenpreise verschwinden auf Nimmerwiedersehen. Nur ein Unterschied ist zu machen: Die Bodenrente kann von einem Tag zum anderen beseitigt werden; beim Zins muss man warten, bis sich der Übergang der Vorräte vom Warenmarkt zum Anleihenmarkt vollzogen hat, bis unter dem Druck des unaufhaltsam wachsenden Angebots der Zins verschwindet. Das kann ein Jahr, auch fünf, auch zehn Jahre dauern. Auch hier ist zu berücksichtigen, dass die Überschüsse (heute Kapital) exportfähig sind und dass, um die volle Wirkung auf den Zins zu erzielen, die Reform des Geldes eine internationale sein muss.“

Eine neue Orientierung auf dem Gebiete der sozialen Frage (1902), in: Band 3, S. 141.

„Wer die sonnige Landstraße verlässt, um auf Seitengässchen dem Ziele zuzustreben, wird leicht im Sumpfe stecken bleiben.“

Die Reform der Bodenreformer (1904), in: Band 3, S. 355.

„Mit der Geldreform wird die bisherige Überproduktion an Waren sich in eine Überproduktion an Kapital verwandeln und den Zins in einem Meer von Kapital ersäufen. ... Die Bodenreform wird den letzten und heißesten politischen Kampf geben. Und wenn dieser Kampf ohne Kartätschen ablaufen soll, so muss er mit überwältigender Macht schnell zu Ende geführt werden.“

Die Verwirklichung des Rechts auf den vollen Arbeitsertrag (1906), in: Band 4, S. 287 und 289.

„Das physiokratische Wirtschaftsprogramm ... fordert zu seiner Einführung keine Organisation und keine Führer. ... Wenn die Reformen eingeführt werden, dann wird die Erde nicht beben, der Himmel wird nicht einstürzen, man wird überhaupt kaum etwas an der Oberfläche der Dinge merken. Im Handel, der Industrie, der Landwirtschaft geht alles den Geschäften nach, als ob nichts passiert wäre. Trotzdem bereitet sich im Stillen etwas Gewaltiges, Grundstürzlerisches vor.“

Der dreißigjährige Krieg und der Generalstreik (1913), in: Band 7, S. 238-239.

„Wie können wir hoffen, das Volk dahin zu bringen, dass es uns ein so außerordentliches Vertrauen entgegenbringt, wenn wir ihm weiter nichts bieten können als nackte Theorien? Die Erlaubnis zum Experiment, durch das wir das Volk überzeugen könnten, setzt ja schon die Überzeugung voraus, die das Experiment doch erst bringen soll. Auf positive Experimentalbeweise für unsere Lehre müssen wir also vorläufig verzichten.“

ten. Wir müssen uns also mit den negativen Beweisen begnügen, die uns die heutige Geldwirtschaft liefert.“

Pierpont Morgan † (1913), in: Band 7, S. 247.

„Es ist ganz unzweifelhaft, dass das den Zins bedingende Missverhältnis zwischen Nachfrage und Angebot nach der Geldreform noch eine ganze Weile fortbestehen und nur nach und nach verschwinden wird. Die tausendjährige Wirkung des herkömmlichen Geldes, d.h. der Mangel an Sachgütern (Realkapital) kann nicht durch die 24stündige Arbeit einer Papiergeldruckpresse aufgehoben werden.“

Die Natürliche Wirtschaftsordnung (1920), in: Band 11, S. 357.

„Die Freiheit muss immer erkämpft werden, wenn sie von Bestand sein soll. Und so muss auch die Zinsfreiheit erkämpft, erarbeitet werden. Schweißstriefend soll das Volk das zinsfreie Haus, die zinsfreie Fabrik betreten, den zinsfreien Zukunftsstaat erobern. Im Übrigen aber wird am Tage, an dem das Geld von seinem Throne gestoßen und das Freigeld es übernimmt, den Austausch der Waren zu vermitteln, sich überhaupt nichts Nennenswertes in Bezug auf den Zins ereignen. Der Zins der bestehenden Sachgüter (Realkapitalien) bleibt vorläufig unverändert. Und auch die neu hinzukommenden Sachgüter, die das Volk in nun ungehinderter Arbeit schaffen wird, werden Zins abwerfen. Sie werden allerdings auf den Zins drücken, und zwar in dem Maße, wie ihre Menge wachsen wird. ...

Der Urzins war kein Darlehenszins. Der Tausch des Geldes gegen Ware und die hierbei erhobene Abgabe hatten durchaus nichts gemein mit einem Darlehen. Der Urzins wurde darum auch nicht durch Nachfrage und Angebot bestimmt. ... Beim Zins der Sachgüter dagegen handelte es sich nicht um einen Tausch, sondern um ein Darlehen. ... Der Zins der Sachgüter wird durch Nachfrage und Angebot bestimmt. ...

Der Urzins wurde außerhalb der Warenerzeugung beim Austausch erhoben. Nicht als Anteil an den mit Hilfe des Darlehens mehr erzeugten Waren, sondern als ein Teil aller Waren überhaupt, die auf das Geld als Tauschmittel angewiesen waren. Er wäre auch erhoben worden, wenn alle Arbeiter mit eigenen, genau gleichen Arbeitsmitteln versehen gewesen, wenn alle Schulden bezahlt worden wären.“

Die Natürliche Wirtschaftsordnung (1920), in: Band 11, S. 358-359.

„Wer zeigt uns den gangbaren Weg in den Zukunftsstaat? Die Programme unserer politischen Parteien zeigen uns diesen Weg nicht. Das Programm der Kommunisten und Sozialdemokraten bringt uns statt der ersehnten persönlichen Befreiung die allseitige Gebundenheit. ... Und die Programme der anderen Parteien? Des Zentrums, der Deutschen Demokraten, der Deutschen Volkspartei? Entweder ist das, was sie erstreben, mit der neuen Verfassung erledigt oder aber es dient der Erhaltung der kapitalistischen

Vorrechte, des Klassenstaates. ... Was heute zu tun ist, kann von einer Partei überhaupt nicht erledigt werden. Es gehört dazu die Mitwirkung des ganzen werktätigen Volkes.

Die einzigen Sozialisten, die heute voller Hoffnung sind, die dem Kampf wider alle Ausbeutung mit Hilfe der heutigen Menschen ... zu einem siegreichen, schnellen Ende zu führen hoffen, sind im Bund für Freiland und Freigeld. ... Die Frage ist nun, ob wir für diese Freiland-Freigeld-Ziele die für den Kampf wider den Kapitalismus nötige Einheitsfront des gesamten arbeitenden Volkes gewinnen können.“

Das Reichswährungsamt (1920), in: Band 12, S. 74-76 und 78.

„Unser Zukunftsstaat wird nicht von Proletariern bevölkert. Wir haben es nicht nötig, um zu unserem Ziele zu kommen, das ganze Volk ins Verderben, in die proletarische Hölle zu stürzen. Wir wollen umgekehrt alle Proletarier, ohne auch nur einen einzigen zu vergessen, aus der kapitalistischen Krake befreien, ihnen Kraft und Macht geben, Eigentum, frei verfügbares persönliches Eigentum zu erwerben, sie zurückverwandeln in freie, selbstständige Vollbürger eines klassenfreien, wahren Volksstaates.“

Die Vermögensabgabe und die Interessen der „Partei“ (1920), in: Band 12, S. 218.

„Bald sind es drei Jahre, dass wir es mit Parteien und Parteikoalitionen versuchen – mit dem Erfolg, dass die Lage immer verworrener, dass der politische Mord sich als Waffe der Parteipolitik einbürgert. ... Angesichts dieses völligen Versagens der Parteien müssen wir uns jetzt als Volk über die Parteiorganisationen hinweg zu einen trachten unter Benutzung der unpolitischen Organisationen (landwirtschaftliche Organisationen, Gewerkschaften, Beamtenbünde usw.) und die Parteien auffordern, sich zunächst einmal rückhaltlos in den Dienst des Ganzen zu stellen.“

An das deutsche Volk! (1921), in: Band 12, S. 297.

„Wir bilden keine besondere politische Partei. Die Mitglieder unserer Organisation mögen sich sonst irgendwelchen Parteien anschließen. So haben wir als Parteilose Zutritt zu allen Parteien und Organisationen.“

Die sieghafte Einheitsfront des schaffenden Volkes und ihr Programm (1921), in: Band 13, S. 139.

„Die wirtschaftliche, finanzielle und politische Gesundung erfordert unverzügliche durchgreifende Taten. Diese heute erforderlichen Taten stehen jedoch in keinem Parteiprogramm und können auch von keiner Partei erwartet werden, da das, was jetzt zu tun ist, diesmal der Rettung des Ganzen, nicht aber den Parteien zu dienen hat. ... Die Diktatur brauchen wir jetzt, die Diktatur des Gemeinwohls, da alle anderen denkbaren Regierungsformen versagen. ... Keine usurpierte, auf Bajonetten sich stützende Diktatur ehrgeiziger Männer. ...

Die Sozialisten hatten gehofft, den Zukunftsstaat als etwas Fertiges von den ‚Expropriateuren‘ zu erben. Die Kapitalisten wurden als die natürlichen Erbonkel des Proletariats betrachtet, als die tönernen Spargbüchse, die man zerschlägt, um zu ihrem Inhalt zu gelangen. Mit der Einsicht, dass wir vom Staat der Kapitalisten nicht viel mehr als den Bauplatz für den zukünftigen Staat erben werden, dass wir den Staat der Arbeiter von Grund auf neu errichten müssen, dass wir ihn nur tiefend von Schweiß betreten werden ..., möchte mancher vielleicht verzagen. ...

Der Grund, warum die Programme der Linken nicht auch selbstverständlich zum Programm des gesamten werktätigen Volkes wurden, liegt allein darin, dass diese Programme den Kampf wider den Kapitalismus mit der Forderung der kommunistischen Wirtschaftsordnung verquicken, so dass dann alle, die den Kommunismus ablehnen, sich den proletarischen Heeren nicht anschließen können. Die so bitter nötige Einheitsfront blieb so immer ein Traum. ...

Wäre es darum möglich, das eigentliche Ziel: die Überwindung des Kapitalismus, auf anderem als auf kommunistischem Wege zu erreichen, so könnten sich für diesen Kampf sofort die Arbeiter aller Berufe, die Bauern, die Beamten, die Lehrer, die Ärzte und Techniker, die Kaufleute finden, um in geschlossener Front gegen den gemeinsamen Feind zu marschieren. ... Durch zwei einfache, aber durchgreifende und allumfassende Reformen, die den Namen Freiland-Freigeld führen, lässt sich das Übel an der Wurzel fassen. ...

Das aus dem Parteihaider geborene Parlament, das sich jetzt in der Zeit der höchsten Not als unfähig erweist, auch nur die Gesetze zu erlassen, die für die Balancierung des Etats nötig sind, und so die Reichsregierung zwingt, zu Mitteln zu greifen, die sonst nur von Verbrechern gebraucht werden und auch immer als Verbrechen gebrandmarkt worden sind (Papiergeldwirtschaft), wird sich selbstverständlich auch als unfähig erweisen, die hier als den einzigen Rettungsweg bezeichneten Reformen durchzuführen. Die Verfassung versagt, weil die ökonomischen Grundlagen für eine solche Verfassung fehlen.

In der Erkenntnis, dass diese ökonomischen Grundlagen des Parlamentarismus nicht von den politischen Parteien ... geschaffen werden können, dass nur eine noch nicht vom Parteigeist vergiftete Macht die jetzige Lage entwirren und die ökonomischen Grundlagen für eine wirkliche parlamentarische Regierung schaffen kann, fordere ich hiermit die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter, Angestellten, Landwirte, Kaufleute, Beamten, Unternehmer auf, sich unter Zurückstellung aller Weltanschauungsfragen zusammenschließen, um an dem Tage, wo durch den Zusammenbruch der Regierung (der letzten überhaupt noch möglichen Parteikoalition) die Hoffnungslosigkeit der politischen Lage auch dem Blinden offenbar wird, die Führung der Reichsgeschäfte in die Hand zu nehmen. ...

Es wird jedem auffallen, dass die politischen Voraussetzungen, die hier für solche

Diktatur gefordert werden, sich kaum noch mit dem Sinne des Wortes Diktatur decken. Ich gebrauche das Wort, um anzudeuten, dass nun endlich der parlamentarische Widerstand gebrochen wird, nachdem der dem Parlament bestellte Vormund, der Reichswirtschaftsrat, sich ebenfalls aus parteipolitischen Gründen als aktionsunfähig erwiesen hat. ...

Wenn ich hier die oben genannten Organisationen als den letzten kosmischen Kraftwirbel im heutigen Volkschaos zur Diktatur auffordere, so tue ich das in der Erwartung, dass ihre Vertreter die zu lösende Aufgabe nicht von ihrem kleinen, mückenhaften Organisationsstandpunkt aus betrachten werden. ... An dem Tage, wo die Diktatur zur Schaffung der ökonomischen Grundlagen für eine demokratische Verfassung ausgerufen wird, wird man nicht, wie es bisher regelmäßig bei Staatsumwälzungen der Fall gewesen ist, ratlos auf den Ministerien durcheinander rennen und bis in die Nacht hinein debattieren. Es handelt sich gar nicht um eine Staatsumwälzung. Der Staat als solcher wird eine passive Rolle spielen. ... Alle Beamten und Minister, mit Einschluss des Reichspräsidenten, können auf ihren Posten bleiben, solange bis als Wirkung der mit diesem Programm bezweckten wirtschaftlichen Befreiung die erstarkende Privatwirtschaft den Staat und seine Beamten aufsaugen wird.“

Die Diktatur der Not (1922), in: Band 14, S. 64-70.

„Für die Schaffenden bedeutet die Senkung des Kapitalzinses auf Null nichts Geringeres, als dass sie diese Welt nicht mehr wie bisher alle 20 Jahre für die Kapitalisten neu aufbauen müssen, ohne sie jemals zu besitzen (die schrecklichste Sisyphosarbeit, die je verrichtet wurde), sondern dass diese Welt in 20 Jahren aus dem Besitze der Kapitalisten in den der Arbeiter hinübergleiten wird.“

Die Diktatur der Not (1922), in: Band 14, S. 82.

„Die Parteipolitik, nicht aber die Politik schlechthin mag den Charakter verderben, weil die Parteipolitik bereits ein Verderbnis ist und auf sie der Name Politik, etymologisch aufgefasst, eine Schändung ist. Polis heißt die Stadt, pars der Teil. Parteipolitik aber bedeutet einen Stadtteil ... Wer immer das Ganze vor Augen hat, der kann unmöglich verderben. Kann man sich Galileo als Parteipolitiker vorstellen? ...

Ein völlig klares, schroffes, scharf nach allen Seiten abgesetztes Programm wird nur klare Köpfe anziehen, wird unklare, schwärmerische, unzuverlässige Köpfe abstoßen und schon bei der Werbung als Sieb wirken. ... Rücksichten nehmen wäre schon das, was als eine Folge der politischen Tätigkeit von Bismarck bezeichnet wurde. Rücksicht nehmen heißt unser Programm bereits in der Aussage verdunkeln, heißt damit Elemente an uns zu ziehen, die nicht die Absicht haben, den letzten entscheidenden, vielleicht gefährvollen Schritt zu tun, heißt somit auch, ängstliche, willensschwache Personen, Spießbürger in unsere Reihen zu locken, heißt einen großen Haufen um uns zu

sammeln, der uns eine fiktive Macht vortäuscht, lässt uns letzten Endes auch Schritte unternehmen, die sich auf solche Fiktion stützen und die uns unter Umständen aufs Schafott bringen. Rücksichten nehmen heißt, dass der Bund in der Stunde der Entscheidung dem Spaltungsprozess unterworfen wird wie das gerade jetzt die Sozialisten erlebt haben, deren Partei von Schwindlern, Verrätern und Philistern durchsetzt war. Einer solchen Gefahr wollen wir uns nicht aussetzen.“

Voraussetzungen der Politisierung der Freiwirtschaftsbewegung (1924), in: Band 15, S. 39-40.

„Auf dem Wege der Reform und der parlamentarischen Gesetzgebung ist die soziale Frage ganz gewiss nicht zu lösen. Der Parlamentarismus versagt dort, wo es sich um grundstürzende Dinge handelt. Vor der Wahlurne wird der Kapitalismus niemals kapitulieren. Stößt aber das Reformwerk auf derartige antiparlamentarische Widerstände, so bleibt dem vorwärts drängenden Volk nur die Revolution übrig. Wir wissen aber auch wieder aus der Erfahrung, dass bis jetzt auf dem Wege der Revolution auch noch nicht viel Nennenswertes erreicht werden konnte. ... Evolution aber und nicht Revolution ist es, was den Erfolg in sich trägt, was den eigentlichen Zweck der Revolution, die Beseitigung des Klassenstaates, die Herrschaft des Rechtes, den Bürger- und den Völkerfrieden von Grund aus auf festen Quardern aufbauen kann.“

Freiwirtschaftliche Reparations- und Friedenspolitik (1924), in: Band 15, S. 59-60.

„Jetzt, nach fünf Jahren, ist der Haufen nun groß geworden; er fängt an, sich zu fühlen und will sich bestätigen. Die allgemeine Ratlosigkeit in allen politischen Parteien reizt außerdem und die persönliche Furcht vor den wirtschaftlichen Nöten, die jeder kommen sieht. So musste dem Drängen nach der Politisierung des Freiwirtschaftsbundes nachgegeben werden. Und diese brachte nun die Krise, die gleich bei der Gründung vorauszusehen war.“

Brief an Dr. Benedikt Uhlemayr vom 2.4.1924 aus Rehbrücke, in: Band 18, S. 289.

„Man darf nicht vergessen, dass das Volk nur dann zur Revolution steht, wenn sich sofort eine Besserung der Lebenshaltung bemerkbar macht, dass umgekehrt jede Verschlimmerung die Reaktion stärkt. Darum werden wir auch, sobald wir so weit erstarkt sein werden, um den Umsturz zu wagen, einen Plan ausarbeiten müssen, wonach die Aufteilung der Rittergüter erfolgen soll. Meiner Ansicht nach dürfte eine solche Aufteilung wenigstens einen Zeitraum von 10 Jahren in Anspruch nehmen, wenn man die Verproviantierung und damit die Revolution sichern will. ... Dann würde eine Hungersnot in Deutschland nach der militärischen, reaktionären Diktatur rufen und den physiokratischen Träumen für lange Zeit ein Ende machen. ...

Wir haben jetzt seit 6000 Jahren den Kapitalismus ertragen. Soll es uns da auf einige Jahre mehr ankommen? Was ein Fehlschlag bedeuten würde, das können wir ah-

nen. Mit uns würde man wenig Federlesens machen. ... Wie Thomas Müntzer im Bauernkrieg, so würden wir alle gerädert werden, die ganze Bewegung mit Stumpf und Stil ausgerottet werden, wenn unsere Revolution fehlschlägt.“

Die allgemeine Enteignung im Lichte physiokratischer Ziele (1926), in: Band 16, S. 39-40 und 44.

„Geduld aber und Revolution widersprechen sich. Die Revolution eines Industrie- und Handelsvolkes – wenn die allerprimitivsten Vorbedingungen für ihren Erfolg erfüllt sein sollen – muss ganz bestimmt andere als die bisher vorgeschlagenen Wege gehen. Diese neuen Wege geht die physiokratische Revolution. Sie bietet die Gewähr, dass sie das revolutionäre Schäfchen ins Trockene bringen wird. Die physiokratische Revolution bietet zwar nicht das prächtige Bild eines Gewitters, eines Orkans. Man sieht keine Blitze krachend in Mammons Burg fallen; keine fetten, gefräßigen, faulen Bonzen arbeiten hier ‚bis tief in die Nacht‘ am Aufbau der neuen Gesellschaft. Das Volk wartet hier nicht auf neue Parolen und Befehle. Sobald die Machtfrage gelöst ist, geht hier alles von selbst, lautlos wie im Frühling das Knospen an den Bäumen. Und dennoch sieht man die Früchte wachsen und wandelt bald im Schatten. ... Am Tage, wo die physiokratische Ordnung verkündet wird, geht jeder still an seine Arbeit. ... Die physiokratische Ordnung ist nicht das Werk der Behörden. Die Arbeit der Revolution ist kein neuer Plan, keine Planwirtschaft. ... Viel und voll bezahlte Arbeit, das ist die einzige Forderung, die der sichere und schnelle Erfolg der physiokratischen Revolution stellt.“

Die Aussichten der kommunistischen und der physiokratischen Revolution in Deutschland (1926), in: Band 16, S. 177.

„Auch ohne an die bisherigen Misserfolge aller Revolutionen zu denken, hält es schwer zu glauben, dass auf dem Wege der revolutionären Kämpfe und Massengräber mehr als bloße Zerstörung des Bestehenden erreicht werden kann. Für aufbauende Arbeit, für das Studium wirklich grundstürzender Reformen sind die Männer und Frauen, die sich in Straßenkämpfen und auf Barrikaden durch Mut und Tapferkeit das Vertrauen der Massen erworben und die führende Macht erkämpft haben, gewöhnlich nicht zu haben. Sie haben sich mit Gewalt an die Spitze gestellt und können nun die Gewalt nicht entbehren, wenn sie an der Spitze bleiben wollen. Und mit der Gewaltherrschaft schaffen sie ungewollt die psychologischen Vorbedingungen für die Wiederherstellung der alten, der gestürzten Ordnung. Wie aber, so fragt man sich dann verwirrt, kann es dann noch überhaupt zu grundstürzenden Reformen in unserem gründlich verpuschten Gesellschaftsleben kommen, wenn die Gewalt, die dazu gehört, ihrem eigenen Ziele im Weg steht?“

Der abgebaute Staat (1927), in: Band 16, S. 257.